

«Der ANC bestimmt, wer der nächste Präsident Südafrikas wird»

Jacob Zuma, der neue Vorsitzende des Afrikanischen Nationalkongresses, zur Zukunft seines Landes

Der neue Präsident des in Südafrika dominierenden African National Congress (ANC), Jacob Zuma, weilte am Montag auf Einladung der SwissCham Southern Africa in Zürich. Zuma hat gute Chancen, nächster Staatspräsident des Landes zu werden. Er stellte sich den Fragen von Jürg Dedial, Auslandredaktor der NZZ.

Herr Zuma, wir nennen Sie Herr Präsident für Ihre neue Rolle als Chef des ANC. Wäre nicht im August dieser Gerichtsfall um eine Bestechungsklage, könnten wir Sie wohl schon jetzt als «Herr Staatspräsident», also als nächsten Präsidenten Südafrikas, anreden. Wie sehr sind Sie von diesem Gerichtsfall betroffen?

Jacob Zuma: Wie das Gericht denkt, ist Sache der Richter. Es gibt freilich Aspekte in der Sache, die in mir den Verdacht wecken, dass die Angelegenheit eine Kampagne gegen mich sei. Dafür spricht allein schon die Tatsache, dass das Verfahren erst im August stattfinden soll, wo doch die Wahlen zur Präsidentschaft nur sieben Monate später angesetzt sind.

Die Last einer Korruptionsklage

Wie lange wird dieser Gerichtsfall dauern?

Ich kann dazu nichts sagen, ausser dass ich überzeugt bin, dass das Gericht nichts unversucht lassen wird, jedes Detail zu durchleuchten.

Wer sind Ihre Gegner? Wer hat ein Interesse daran, den Prozess so lange hinauszuziehen, dass Ihre Kandidatur gefährdet ist?

Nun, ich habe stets eine Antwort auf diese Frage vermieden, und ich möchte auch jetzt nicht darauf eingehen.

Wenn man aber die letzten internen Auseinandersetzungen im ANC betrachtet, ist es dann zu viel vermutet, dass es sich um Gegner innerhalb des ANC handelt?

Ich bin nicht bereit, darauf zu antworten.

Also gut. Nehmen wir jetzt einmal an, die Sache geht günstig für Sie aus und Sie werden im nächsten April zum Präsidenten Südafrikas gewählt – was wird sich im Lande ändern?

Zunächst möchte ich festhalten, dass es der ANC ist, der bestimmt, wer nächster Präsident wird. Wer beim ANC Präsident wird, wird auch nächster Präsident Südafrikas. Als Präsident des ANC ist es meine Aufgabe, die Politik des ANC in die Realität umzusetzen.

Das ist alles gut und recht, aber es ist ja ziemlich offensichtlich, dass es Differenzen zwischen Ihnen und dem jetzigen Staatspräsidenten Thabo Mbeki gibt, der als ANC-Präsident abgewählt worden ist. Wenn es keine Differenzen gäbe, wäre die Kampfwahl im Dezember ja gar nicht nötig gewesen. Sie wollen einen Kurs verfolgen, der sich von jenem Mbeki abhebt.

Nein, das ist nur ein Gerücht in den Medien. Die Tatsache, dass es Differenzen zwischen Mbeki und mir gegeben hat, hat nichts mit politischen Meinungsunterschieden zu tun. Wenn es Probleme gab, dann lag das an der Art und Weise, wie Mbeki die Medien in den erwähnten Gerichtsfall gegen mich mit einbezog – vertraulich, wohlverstanden. Das war absolut nicht korrekt. Aber mit der Politik hat das nichts zu tun.

Dass Mbeki vom ANC nicht mehr als Präsident gewählt wurde, liegt daran, dass es die Delegierten nicht gut fanden, ihn als Chef der Organisation zu behalten, wenn er im nächsten Jahr sowieso als Staatspräsident zurücktreten muss. Das wäre wirklich nicht gut gewesen.

Zuma und Mbeki – alte Rivalen

War es denn vielleicht so, dass Präsident Mbeki versucht hat, Sie loszuwerden? Wurden Sie ihm zu mächtig?

Ich werde auch diese Frage nicht beantworten.

Dann akzeptieren wir, dass es keine Rivalitäten zwischen Ihnen und dem Staatspräsidenten gibt.

Ein schillernder Werdegang

de. Der 1942 geborene Jacob Zuma ist ein ANC-Widerstandskämpfer der ersten Stunde. Er verbrachte unter dem weissen Apartheid-Regime zehn Jahre auf der Gefängnisinsel Robben Island, ehe er im Ausland und, nach 1990, auch in Südafrika als Funktionär des ANC schnell Karriere machte. Von 1999 bis 2005 war er unter Präsident Mbeki südafrikanischer Vizepräsident, wurde dann aber unter Korruptionsverdacht entlassen. Die Rivalität mit Mbeki stammt aus dieser Zeit. Am 18. Dezember 2007 wurde er nach heftigem Zweikampf mit Mbeki neuer Präsident des ANC. Falls er nicht im August wegen der Korruptionsgeschichte verurteilt wird, dürfte er im nächsten Jahr neuer Staatspräsident werden.

Zuma macht auch Schlagzeilen wegen seiner unkonventionellen Ansichten über Aids. Vom Vorwurf der Vergewaltigung einer HIV-positiven Bekannten wurde er freigesprochen. Seine Behauptung, er habe nach dem Vorfall tüchtig geduscht und damit eine Ansteckung verhindert, machte ausgiebig die Runde.



ANC-Präsident Jacob Zuma. SIPHIE SIBEKO / REUTERS

Welches sind denn Ihrer Meinung nach die grössten Probleme Südafrikas? Der ANC regiert seit 1994. Aber die Armut ist noch immer weit verbreitet. Die Arbeitslosigkeit ebenfalls. Was werden Sie dagegen tun?

Man muss bestimmt das Problem der Arbeitslosigkeit in einer historischen Perspektive sehen. Sie hat zugenommen, aber das hat vor allem mit der massiven Zuwanderung vom Land in die Städte zu tun. Früher durften wir uns ja nicht in den Städten aufhalten. Nach 1994 strömten die Leute förmlich in die Agglomerationen. Die Regierung hat die Arbeitslosigkeit unter diesen Menschen vermindert, und sie hat Häuser für sie gebaut. Aber wir brauchen noch viel Zeit, um allen eine Chance zu geben, am Wirtschaftswachstum teilzunehmen.

Wird das vor allem der Staat tun?

Wir werden bestimmt versuchen, mit den staatlichen Unternehmen möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen. Und die Regierung wird diese Anstrengungen koordinieren müssen. Hierbei spielt der ANC eine entscheidende Rolle. Regierung und Partei arbeiten eng zusammen.

Denken Sie, dass die Gewerkschaften damit zufrieden sein werden? Die wollen doch mehr!

Die Gewerkschaften sind ein Teil des Entscheidungsprozesses im ANC. Es hat immer wieder Schwierigkeiten gegeben. Aber diese hatten mit schlechter Kommunikation zu tun und nicht mit politischen Meinungsunterschieden.

«Der ANC hat seine eigene Kultur»

Aber wenn Sie an der Macht sind, werden sie, vielleicht zusammen mit der Kommunistischen Partei, die ja noch immer eine Rolle spielt, stärker auf Sie einzuwirken versuchen?

Nein. Solange wir miteinander reden, wird es keine Probleme geben. Wir müssen eben stets in der Lage sein, die verschiedenen Meinungen und Einflüsse im ANC miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Wir können das, und das ist die grosse Stärke dieser Bewegung.

Denken Sie, dass dies schwieriger werden wird, wenn die Aura des Kampfes gegen die Apartheid einmal verschwunden sein wird?

Nein, das ist das Besondere am ANC, mit dem wir uns von den vielen andern Ländern in Afrika unterscheiden. Wir haben ein Ausmass an innerer Harmonie und Übereinstimmung, mit welchem wir alles durchsetzen können. Wenn Sie so wollen, sind wir eigentlich das Parlament der Leute.

Das ist alles gut und recht. Aber Sie müssen etwas bieten. Sie müssen Arbeitsplätze schaffen und die Schulen verbessern.

Ja, sicher. Aber der ANC kann das. Er hat eine weit fortgeschrittenere Politik zu bieten als jede andere Partei in Südafrika. Die Opposition hat nicht viel zu sagen. Nur wir können das.

Simbabwe als schlechtes Beispiel

Das haben andere auch schon gesagt. Mugabe zum Beispiel, in Simbabwe. Was ist dort schiefgelaufen?

Das ist nicht richtig schiefgelaufen. Lassen Sie mich das erklären. Wir haben eine eigene Sicht der Dinge in Simbabwe. Man kann ändern Ländern nicht eine bestimmte Lebensform aufzwingen. Simbabwe hatte einen guten Start. Aber das Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Nachfrage geriet aus den Fugen, und es fehlte an einem guten Programm. Dadurch stieg die Verschuldung enorm an, und irgendwann kam es zum Kollaps.

Also ging es doch schief, und heute haben wir eine Diktatur. Südafrika hätte viel tun können, um das zu verhindern.

Nun, ich kenne Mugabe. Er hat sich sehr über den Westen beklagt. Und eine Mehrheit in Simbabwe steht hinter dem Präsidenten; er ist demokratisch gewählt.

Sagt das Mugabe, oder sagen Sie das?

Das sage ich. In verschiedenen Ländern hat man verschiedene Ansichten.

Immerhin büssen Sie dafür, indem Sie in Südafrika drei Millionen Flüchtlinge aus Simbabwe aufnehmen mussten. Diese Leute sind nun bei Ihnen. Und sie haben neben sozialer Not nicht zuletzt auch das Problem mit Aids in Südafrika verschärft. Wenn Sie Präsident werden: Was werden Sie tun, um diese Geissel in den Griff zu kriegen?

Der ANC hat eine klare, zusammenhängende Politik gegenüber Aids, die auch von der WHO als richtig erachtet wird. Was Präsident Mbeki einmal über Aids gesagt hat, ist seine persönliche Sicht der Dinge.

Haben wir also richtig verstanden, dass die Ansichten von Mbeki oder der Gesundheitsministerin oder auch von Ihnen nicht der Linie des ANC entsprechen?

Ja. Das sind persönliche Meinungen.

Taiwans Präsident lehnt Kabinettsrücktritt ab

us. Tokio, 28. Januar

Taiwans Präsident Chen Shui-bian hat am Montag das Ersuchen seines Kabinetts, in corpore zurückzutreten, zurückgewiesen. Am vergangenen Donnerstag hatte Ministerpräsident Chang Chun-hsiung den Kabinettsrücktritt unterbreitet, nachdem die Demokratische Progressive Partei (DPP) bei den Legislativwahlen am vergangenen 12. Januar eine schwere Niederlage hatte einstecken müssen. Es ist üblich, dass der Präsident nach Parlamentswahlen eine neue Regierung beruft.

Präsident Chen begründete seinen Schritt damit, dass es nicht sinnvoll sei, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Regierungsumbildung auszusprechen, nur um ein paar Monate später nochmals eine Kabinettsumbildung vorzunehmen. Dies diene nicht der politischen Stabilität und der Kontinuität der Regierungsführung. Am 22. März finden Präsidentschaftswahlen statt, zu denen der jetzige Amtsinhaber nicht mehr antreten kann. Es ist selbstverständlich, dass der Neugewählte nach seiner Amtseinführung eine neue Regierung berufen wird. Um das Amt des Präsidenten bewerben sich als Hauptkandidaten Ma Ying-jeou von der Kuomintang (KMT) und Frank Hsieh von der DPP.

Die LDP gewinnt Gouverneurswahl in Osaka

Rückschlag für Japans Opposition

us. Tokio, 28. Januar

Das aus der Liberaldemokratischen Partei (LDP) und der Neuen Komeito bestehende japanische Regierungslager hat am Wochenende einen wichtigen politischen Erfolg verzeichnen können. In der Handelsstadt Osaka wurde ein von der LDP und der Neuen Komeito portierter Kandidat zum neuen Gouverneur gewählt. Der siegreiche Toru Hashimoto schlug den Kandidaten der oppositionellen Demokratischen Partei. Hashimoto, eine bekannte Fernseh-Persönlichkeit, ist mit seinen 38 Jahren einer der jüngsten je gewählten Gouverneure. Japan ist in Präfekturen unterteilt, denen jeweils ein direkt gewählter Gouverneur vorsteht. In der Regel geht es bei Gouverneurswahlen weniger um die Parteizugehörigkeit als um den örtlichen Bekanntheitsgrad des Kandidaten.

Der Sieg der Regierungskoalition in Osaka hat jedoch über die Lokalpolitik hinaus seine Bedeutung. Zunächst gehört Osaka zu den wichtigsten Wirtschaftszentren Japans. Darüber hinaus ist die alte Geschäftsstadt, die in einer traditionellen Rivalität zu Tokio steht, bekannt dafür, dass sie sich als liberaler Gegenpol zur Kapitale sieht und deshalb den in Opposition zur LDP stehenden politischen Kräften den Vorzug zu geben pflegt. Erst im vergangenen November hatte die LDP in der Bürgermeisterwahl von Osaka eine bittere Niederlage einstecken müssen. Schliesslich kommt der Sieg in Osaka auch als Balsam nach einer langen Periode politischer Schwierigkeiten der LDP, die mit dem Verlust der Mehrheit im Oberhaus im vergangenen Juli eingesetzt hatten. Allgemein wird erwartet, dass das japanische Unterhaus im laufenden Jahr vorzeitig aufgelöst werden wird.

Samak wird Thailands neuer Regierungschef

Demokratischere Verhältnisse, aber keine Stabilität

Thailands neugewähltes Parlament hat Samak Sundaravej, einen Verbündeten des gestürzten Thaksin, zum Regierungschef bestimmt. Die Wahl ist ein Schritt hin zu demokratischeren Verhältnissen.

mo. Bangkok, 28. Januar

Thailands neues Unterhaus hat am Montag Samak Sundaravej, einen Politikveteranen und Verbündeten des im September 2006 vom Militär gestürzten Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra, zum neuen Regierungschef auserkoren. Mit Samaks Wahl hat das Land sechzehn Monate nach dem Putsch gegen Thaksin einen weiteren Schritt hin zu formal demokratischeren Verhältnissen getan. Im vergangenen Sommer hatte das Volk schon eine im Auftrag der Militärs ausgearbeitete neue Verfassung gutgeheissen. Und das jetzt aktiv gewordene Unterhaus ist seinerseits aus einer am 23. Dezember letzten Jahres abgehaltenen Volkswahl hervorgegangen.

Keine geheime Abstimmung

Damals hatte die von Samak angeführte People's Power Party, eine Nachfolgeorganisation von Thaksins zwangsaufgelöster Thai Rak Thai (TRT), zwar den Sieg davongetragen, aber die zur Bildung der Regierung im Alleingang nötige einfache Mehrheit knapp verfehlt. Die Bildung einer Koalition unter PPP-Führung, der sich letztlich mit Ausnahme der Democrat Party alle anderen im Parlament vertretenen Parteien angeschlossen haben, nahm viel Zeit in Anspruch. Darum konnte das Unterhaus erst letzte Woche zur konstituierenden Sitzung zusammentreten und am Montag den neuen Regierungschef wählen.

Bei der Wahl wurden die Abgeordneten einzeln und namentlich aufgerufen und mussten vor dem Plenum ihren Entscheid kundtun. Dabei sprachen sich 310 für Samak und 163 für den Gegenkandidaten Abhisit Vejjajiva, den Chef der Democrat Party, aus. Samak kündigte an, vorerst die Bestätigung seiner Wahl durch den König abwarten zu wollen, eine Formalität, die normalerweise zwei bis drei Tage in Anspruch nimmt. Danach, vermutlich am 6. Februar, werde er die Zusammensetzung seines Kabinetts bekanntgeben.

Zweifelhafte Charaktereigenschaften

Dass die Rückkehr zu demokratischeren Verhältnissen Thailand auch die erhoffte politische Stabilität bringen wird, wird bereits jetzt weitherum bezweifelt. Tatsächlich sind mit Samaks Wahl zahlreiche Unwägbarkeiten verbunden. Einige davon haben direkt mit seiner Person zu tun. Der 72-Jährige ist für reaktionäre Ansichten bekannt. Er war einer der wichtigsten Hetzer, die 1976 eine antikommunistische Hysterie gezielt schürten, was zu einem Massaker durch Polizisten und nach Bangkok geholte Dorfmitzeln an linksgerichteten Studenten führte. 1992 war Samak als Innenminister einer Militärregierung mitverantwortlich für die blutige Niederschlagung aufbegehrender Bevölkerungsteile durch die Sicherheitskräfte. Diese Vergangenheit macht ihn in weiten Kreisen an sich schon unbeliebt. Dazu kommen noch Samaks arrogante Schroffheit sowie die Neigung, Andersdenkende und Medienvertreter hemmungslos mit vulgären Kraftausdrücken zu attackieren. Das sind nicht die Charaktereigenschaften, die bei der angeblich angestrebten «Versöhnung» des politisch und sozial tief gespaltenen Landes besonders gefragt wären.

Ein weiterer Samak anhaftender Makel besteht darin, dass gegen ihn gegenwärtig noch zwei Strafverfahren hängig sind, das eine wegen Verleumdung eines anderen Politikers, das zweite wegen Verwicklung in eine Korruptionsaffäre. Falls Samak in einem der Verfahren schuldig gesprochen würde, hätte das nach hiesigem Recht den automatischen Ausschluss aus jeglichem politischen Amt zur Folge. Wie bei der Wahl von Thaksin Anfang 2001, gegen den damals noch ein Verfahren wegen Nichtdeklarierung von Vermögenswerten hängig war, hat Thailand mit Samak erneut einen Regierungschef bekommen, der in einigen Monaten möglicherweise des Amtes enthoben wird.

Wie reagieren die Militärs?

Am meisten Empörung und Widerspruch sogar aus den Reihen der PPP-Koalitionspartner hat Samak aber ironischerweise genau mit der Haltung und denjenigen Versprechungen ausgelöst, die ihm und der PPP umgekehrt den Zulauf der ländlichen Bevölkerung und damit den Sieg bei den Dezember-Wahlen bescherten: Er hat sich stets offen dazu bekannt, ein Strohhalm des seit dem Putsch im Exil lebenden Thaksin zu sein, und er hat auch nie ein Geheimnis daraus gemacht, die neue Verfassung abändern, die zur Untersuchung der Korruption unter Thaksin eingesetzten Kommissionen abschaffen sowie eine Amnestie für Thaksin und die anderen mit Politikverbot belegten ehemaligen TRT-Führer durchsetzen zu wollen. Dass die Putschgeneräle, die zweifellos bereits den PPP-Sieg an sich als Schlag ins Gesicht empfunden haben, die Umsetzung dieser Pläne widerstandslos hinnehmen werden, glaubt in Bangkok kaum jemand.